

Protokoll über die Sitzung Nr. 9/2020 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Mittwoch, 28. Oktober 2020, um 15:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Bürgermeister Uwe Reese
Stellv. Ausschussmitglied Detlef Schön

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordnete Antje Johanna Kloster
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglieder AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß
Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

als Gäste

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernenten

Stadtrat Thomas Bruns
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Niksa Marusic - Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr
Cordula Franke - Gleichstellungsbeauftragte (02)
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination (13)
Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination (13)
Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung (14)
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen (20)
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen (20)

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2020 **259/2020**
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
-Keine-
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob die Beschlussvorlage zum Anbau der Nordfrostarena nicht im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beraten werden soll.

Herr Schönfelder gab bekannt, dass die Beschlussvorlage zurückgezogen wird.

Anschließend wurde die Tagesordnung unverändert festgestellt.

- 3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2020 **259/2020**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgelesen.

Herr Bruns stellte die Beschlussvorlage vor und kündigte an, dass weitere Änderungen im Rahmen eines Nachtragshaushaltes folgen werden.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte die hohen Mehraufwendungen bei den Zuschüssen an die Kindertagesstätten, da aufgrund der Zwangsschließungen auch weniger Kosten entstanden sein müssten. Außerdem bat er um Erklärung, warum die Spitzabrechnungen zu Mehrkosten führen und warum die Stadt sich an den Sanierungskosten beteiligen muss.

Herr Schönfelder erläuterte, dass die Mehrkosten im Wesentlichen durch die ausgebliebenen Elternbeiträge entstanden seien. Die Verbrauchskosten seien geringfügig gesunken, da trotzdem Notbetreuungen erfolgen mussten. Die Stadt habe mit den Trägern eine Vereinbarung, dass Sanierungs- und Umbaukosten in den Betriebskostenzuschüssen berücksichtigt werden. Eine Erklärung für die Mehrkosten durch die Spitzabrechnungen werde nachgereicht.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Müller**, dass die Hälfte der offenen Betriebskostenzuschüsse bereits im November zahlungspflichtig wird. Die andere Hälfte werde, aufgrund der späteren Fälligkeit, im Rahmen eines Nachtragshaushaltes abgebildet.

Herr Dr. von Teichman fragte, warum während der Corona-Pandemie eine weitere Großtagespflegestelle eröffnet wird. **Herr Schönfelder** berichtete, dass die Stadt dazu vertraglich verpflichtet sei und der Träger auf die Gelder angewiesen sei.

Frau Glaser und **Herr Dr. von Teichman** erkundigten sich nach den gestiegenen Versicherungsleistungen bei Tagesmüttern. **Herr Schönfelder** informierte, dass die pauschalen Erstattungen an die Tagesmütter seit vielen Jahren nicht angepasst worden seien und es einen Anstieg der Tagespflegepersonen gab. Mit der vorliegenden Nachbewilligung werden die Erstattungen an den aktuellen Bedarf angepasst. Es erfolge keine rückwirkende Erstattung an die Tagesmütter.

Herr Dr. von Teichman bat um Erläuterung der in Nachbewilligung Nr. 4 genannten zusätzlichen ambulanten Hilfen. **Herr Schönfelder** schilderte, dass bei auffälligen Pflegekindern zusätzlich weitere Hilfen notwendig seien.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** führte **Herr Schönfelder** aus, dass grundsätzlich Hilfen bei Bedarf bis zum Alter von 27 Jahren möglich seien. Die Entgelte werden mit den Jugendhilfeträgern verhandelt.

Herr Dr. von Teichman schlug vor, dass das System der Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden sollte.

Bezüglich des Investitionskostenzuschusses für die Kindertagesstätte Wiki Nordwind erklärte **Herr Schönfelder**, auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman**, dass der Träger zunächst mit Eigenmitteln angefangen habe und die Baumaßnahmen natürlich überprüft werden. Dabei werden auch neutrale Gutachter einbezogen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich gegenüber dem Deckungsvorschlag aus dem Fachbereich 50 skeptisch.

Herr Müller betonte, dass der Deckungsvorschlag natürlich ausführlich geprüft worden sei. Für die Leistungen für Unterkunft und Heizung sei in 2020 ein Ansatz in Höhe von 30,1 Mio. € geplant. In der 43. Kalenderwoche 2020 waren 22,5 Mio. € angeordnet. Seitens des Fachbereiches wurde eine Prognose zum Jahresende abgegeben, die 3 Mio. € unter dem Ansatz läge.

Somit würden trotz der Nachbewilligung weitere 1,6 Mio. € für eventuelle Fallsteigerungen zur Verfügung stehen.

Frau Bakir kritisierte, dass die gegebenen Informationen nicht ausreichend seien.

Herr Tönjes hob hervor, dass die Steigung zum geplanten Ansatz immens sei und kritisierte die Planung.

Herr Oberbürgermeister Feist erinnerte daran, dass die Planung für das Jahr 2020 bereits in 2018 mit Blick auf das Ergebnis des Haushaltsjahres 2017 erfolgt sei. Die Verhandlungen mit den Leistungsträgern erfolgen in der Regel jährlich. Bei diesen Verhandlungen wird die Stadt von der Bezirksstelle Oldenburg begleitet, somit besteht stets ein Vergleich zu anderen Kommunen. Außerdem fügte **Herr Oberbürgermeister Feist** hinzu, dass es zu überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen im Sozial- und Erziehungsdienst kam.

Herr Dr. Schulte sprach sich für die Nachbewilligung aus. Die Ausgaben seien zwingend notwendig und man könne im Jugendhilfeausschuss detailliert diskutieren. Die Ausgaben im Bereich Jugendhilfe seien schwer planbar.

Herr Walpurgis fragte nach den aktuellen Fallzahlen und welche Zuschüsse man vom Bund oder Land erhalten könne. Außerdem hinterfragte er die Möglichkeit mehr ambulanten Hilfen anstelle der Unterbringung in Heimplätzen einzusetzen.

Herr Schönfelder klärte auf, dass grundsätzlich eine ambulante Hilfe immer der stationären Unterbringung vorgezogen wird. Im Bereich der Heimerziehung gab es am 31.08.2020 187 Fälle, im Bereich Hilfe für junge Volljährige gab es 74 Fälle und im Bereich der Vollzeitpflege 182 Fälle.

Herr Bruns berichtete, dass die Stadt allgemeine Zuschüsse aufgrund der Corona-Pandemie in Höhe von 900.000 € erhalten habe. Diese Zuschüsse werden zur Finanzierung der Mehrkosten ohne Deckung verwendet. Die Höhe der Gewerbesteuerkompensation sei noch nicht benennbar.

Herr Jacques erklärte, dass der Jugendhilfebereich sehr wichtig sei, man sich aber bei dieser Höhe der Nachbewilligung Gedanken machen müsse.

Herr Hellwig gab bekannt, dass die Gruppe CDU/WBV der Beschlussvorlage zustimmen wird. Die Beträge seien zwar sehr hoch, aber die Stadt sei zu den Zahlungen gesetzlich verpflichtet.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligungen in Höhe von 2.679.673 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2020.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-Keine-

5 Mitteilungen und Anfragen5.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** berichtete **Herr Müller**, dass die Frist für die Prüfung durch die Kommunalaufsicht bezüglich der Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft am 06.11.2020 endet.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:00 Uhr

Bruns
Stadtrat

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin